

# Nachhilfe für Clinton-Freundinnen

**Das Alte muss dem Neuen weichen. Auf diese einfache Formel lassen sich die Vorwahlen der US-Demokraten bringen. Warum wollen das engagierte Frauen, Feministinnen allemal, nicht verstehen?**

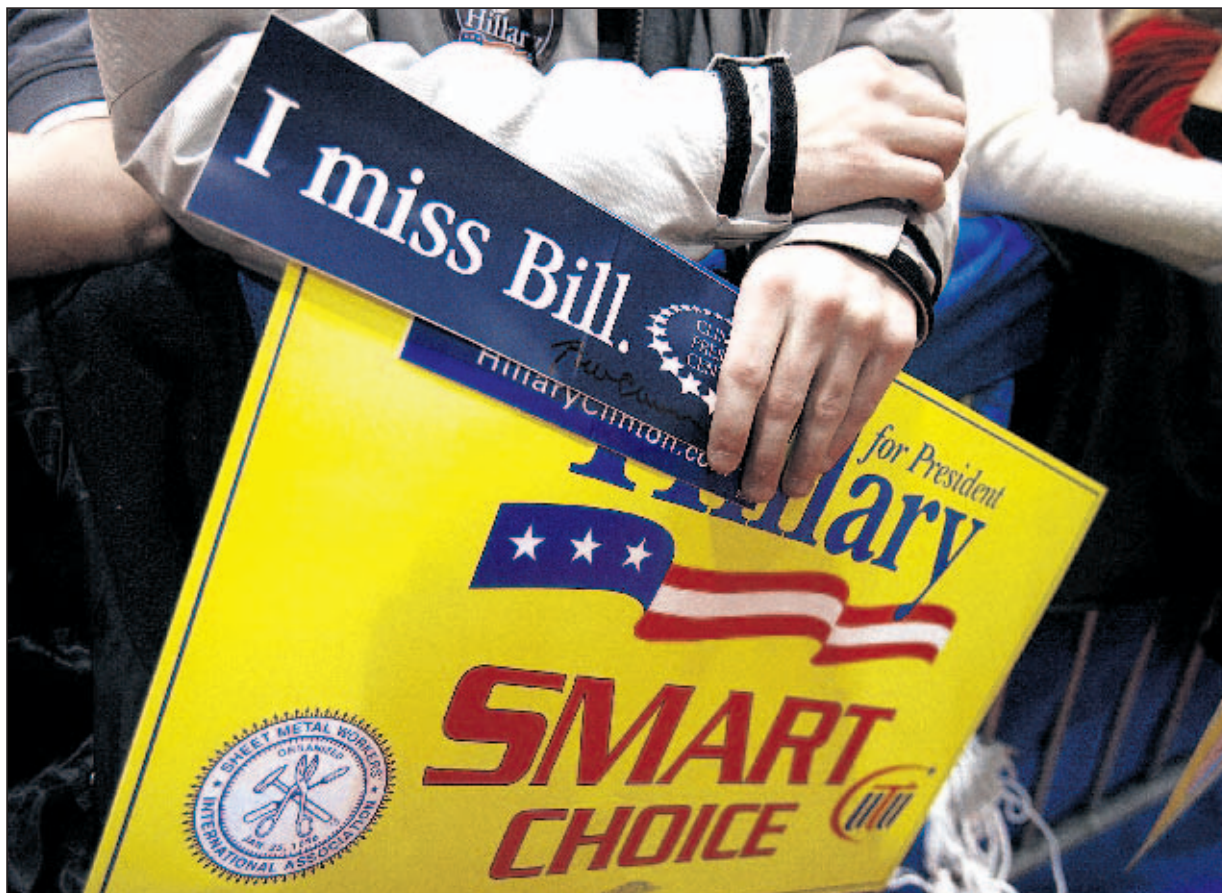
Christian Fleck\*

Heide Oestreich, die Innenpolitik-Redakteurin der taz, hat an dieser Stelle (*Eine Pionierin im Generationenclinch*, DER STANDARD, 1./2. 3. 2008) ersucht, den Umstand der bevorstehenden Niederlage Hillary Clintons gegenüber Barack Obama mit allerhand argumentativen Verrenkungen zu erklären: Archetypen wie Lady Macbeth wurden ebenso zitiert wie mehr oder weniger randständige Frauengruppen. „Emily's List“ mag der Autorin ans Herz gewachsen sein, bei den Vorwahlen für die US-Präsidentenwahl spielt sie aber einfach gar keine Rolle: Emily steht für „Early Money is Like Yeast“ (also: Wer früh spendet, dessen Geld wirkt wie Germ); Emily ist eine Geldsammelinitiative, die Abtreibungsbefürworter bei deren Wiederwahl in eines der vielen (Bundes- oder Einzelstaaten-) Parlamente unterstützt. Frau Oestreich ist nicht die einzige, die Probleme damit hat zu verstehen, warum im November 2008 doch nicht die erste US-Präsidentin gewählt werden wird. Vor einigen Wochen, als Obamas Siegszug bei den Vorwahlen gerade erst anging, meinte eine weiße, gebildete Amerikanerin mir gegenüber, dass es nur gerecht wäre, wenn Clinton gewinnen würde, weil ja doch die Frauen in den USA das Wahlrecht viel später erhal-

ten hätten als die Schwarzen – und eine ebenso gebildete, aber gleichermaßen gender-fixierte Kollegin pflichtete ihr bei. Ich kann nicht sagen, dass ich sprachlos war, aber verwundert war ich doch. Auch wenn es paternalistisch wirkt, hier ein wenig Nachhilfe für alle, die meinen, eine Genderperspektive sei immer richtig. Diesmal nicht.

1.) Frau Clinton war und ist die Kandidatin des Partei- und Washingtoner Establishments. Ungewöhnlich, dass die mächtigen Männer keinen aus ihren Reihen fanden, den sie ins Rennen schickten? Nein, es gab anfangs ein paar männliche Gegenkandidaten, die sogar noch mehr zum Establishment gehörten, aber die konnte Clinton rasch zur Seite schieben. Übrig blieb einer, den anfangs niemand ernst nahm und dem bestenfalls zugetraut wurde, dass er sich für künftige Wahlen bekanntmachen werde können.

2.) Clintons Anfangserfolge wurden möglich, weil sie viele Geld zur Verfügung hatte, das aber von wenigen kam. Ein Drittel ihrer Spender sandten ihr bislang Schecks über Beträge, die höher waren als \$ 4600. Die Mehrheit dieser großzügigen Reichen waren Männer. Alle Spender zusammengenommen betrachtet, hat Clinton einen geringfügig größeren Anteil an weiblichen Unterstützern als ihr noch verbliebener Kon-



**Symptomatische Momentaufnahme: Als der Wahlkampf nicht mehr so gut lief, hatten Hillary Clinton und ihre Berater keinen Plan B. So etwas nennt man Überheblichkeit.**

Foto: AP

kurrent. Doch die wirklich interessanten Zahlen sind die: Obama hat von 31.500 Frauen Geld bekommen, das sind um 5000 mehr als Clinton. (Um solche Informationen zu bekommen muss man nicht erst auf sich wundersam öffnende zweite Keller warten, sondern schaut bei [opensecrets.org](http://opensecrets.org) nach.)

3.) Clintons Wahlkampfstil und die Organisation ihrer gesamten Kampagne waren von Beginn an darauf ausgelegt, dass sie gewinnen wird. Als es für sie nicht mehr so gut auszusehen begann, hatten sie und ihre Berater keinen Plan B zur Hand. Ein derartiges Gebilde nennt man für gewöhnlich überheblich. Viel Geld wurde von Clinton für die falschen Dinge ausgegeben (hohe Gehälter, teure Hotels, reichhaltige Verköstigung der großteils angestellten Mitarbeiter). Obama rekrutierte hingegen unzählige Freiwillige und erschöpfte sein Spendenpotenzial nicht vorzeitig.



**Jetzt bitte keine alten Schablonen! Christian Fleck.**

Foto: Furgler

4.) Bekanntlich sind die inhaltlichen Differenzen zwischen den beiden Demokraten nicht allzu groß. Darin, wie politische Probleme gelöst werden sollen, weichen die Vorstellungen der beiden jedoch viel deutlicher voneinander ab: Clinton ist eine Technokratin, Obama ein Bewegungspolitiker. Sie will die besten Köpfe zusammenbringen, um die beste Lösung zu finden, aber die traditionellen Räume, in denen in den USA Politik betrieben wird, ja nicht verlassen. Alles für die Armen, aber

nichts durch sie, könnte man ein bekanntes Motto obrigkeitsstaatlichen Wohlwollens abwandeln. Obama dagegen hat früher in den Straßen Chicagos Bürger organisiert, betreibt seinen Wahlkampf in ähnlicher Weise und würde davon wohl ein wenig auch ins Weiße Haus bringen.

Alle vier Punkte sind genderneutral, ja die Seite, die Clinton einnimmt, ist jene, die bislang eher Männer einnahmen, womit nicht unterstellt werden soll, dass Obama „die bessere Frau“ sei, wohl aber insinuiert, dass Clinton „ein guter Mann“ ist, aber eben nicht „die beste Person dieser Saison“.

Dass die Clinton-Seite mit Denunziationen des Gegners anfang, würde nun gut ins Stereotyp der zänkischen Frau, die die Intrige der Schlacht vorzieht, passen – allein die Dreckschleuder war der Kandidatin darauf war wiederum gut, aber nicht gut genug: Still und leise wurde der Ehemann ins Hinterzimmer verbannt, aber sonst dazu kein Wort gesagt. Hillary Clinton ist eine gute, wahrscheinlich sogar sehr gute Politikerin, aber sie traf dieses Mal auf einen Gegner, der entscheidende Vorzüge hat, die ihr fehlen. Daher wird sie nicht Präsidentin werden.

Und die Freundinnen der Sache der Frauen wären gut beraten, es in diesem Fall einmal ohne alte Schablonen zu versuchen.

\*Soziologe; lehrt zurzeit als Gastprofessor in Minneapolis

## „Handelsblatt“ zum Bankgeheimnis in Österreich

Der Wirtschaftsjournalist Oliver Stock verortete gestern im „Handelsblatt“ nach der deutschen Steueraffäre auch in Österreich und der Schweiz Unbehagen in Sachen Bankgeheimnis:

„Am Freitag haben die Industriellenvereinigung und die Wirtschaftskammer Österreich einen offenen Brief an Peer Steinbrück geschrieben. Sie drücken ihr Befremden über Steinbrücks Kritik am österreichischen Steuermodell aus und loben ihren Standort. Anders die Eidgenossen: Sie legen keinen großen Wert auf Öffentlichkeit. Der Schweizer Finanzminister hat sich erst mit einigen Tagen Verzögerung zu Wort gemeldet und nur knapp darauf hingewiesen, dass die Schweiz sich nicht betroffen fühle. (...)“

So unterschiedlich Österreicher und Schweizer auf den Skandal um Konten mit Schwarzgeld in Liechtenstein reagieren, so gleichgelagert sind ihre Interessen. (...) Der Fall Liechtenstein ist das öffentliche Vorspiel auf ein Stück, in dem es erneut darum geht, wie zum Beispiel die Schweiz und Österreich ihr Bankgeheimnis verteidigen können. Das Stück dürfte weniger geräuschvoll als die derzeitige Raubritterklammer über die Bühne gehen. Dafür hat das Ergebnis für die Vermögenden dieser Welt und die betroffenen Länder weitreichende Konsequenzen.“

HANS RAUSCHER

## Ist Gusenbauer Strache-sicher?

Nach der Wahl 2006 dachte die SPÖ-Spitze einige Zeit über eine Minderheitsregierung unter Duldung von FPÖ und Grünen nach, um einer großen Koalition mit der ÖVP zu entgehen. Alfred Gusenbauer war kein besonderer Fan dieser Lösung, er schloss sie aber auch nicht aus. Der Plan scheiterte daran, dass die Grünen öffentlich erklärten, sie würden da nicht mitmachen und Bundespräsident Heinz Fischer inoffiziell verlauten ließ, er würde eine Minderheitsregierung nicht annehmen.

Nun stehen wir vor einer ähnlichen Situation. Die große Koalition ist moribund, beide Partner halten nach Alternativen Ausschau. Für die SPÖ bedeutet das eine Grundsatfrage, nämlich inwieweit man sich mit der Strache-FPÖ einlassen kann. Oder anders herum: ist Gusenbauer Strache-sicher?

In zynisch-machiavellistischer Betrachtung muss die Antwort „nein“ lauten, weil unter Umständen die Machterhaltung nur mit einer Zusammenarbeit mit der FPÖ möglich ist. Dazu gibt es noch eine Reihe von Handlungen, die als Indiz für eine Annäherung von SPÖ und FPÖ interpretiert werden können: Vor einem Jahr wählten FPÖ, BZÖ, Grüne und SPÖ die neue ORF-Führung. Der Eurofighter-Untersuchungsausschuss wurde in dieser Konstellation beschlossen, ebenso der jetzige U-Ausschuss zur Causa Innenministerium.

Das kann man noch als taktisches Verhalten interpretieren. Schwerer wiegt die Weigerung Gusenbauers, die „Wehrsport“-Vergangenheit von Heinz-Christian Strache im neo-nazistischen Dunstkreis klar zu verurteilen. „Jugendsünden“ seien das, aus denen man Strache „keinen Strick drehen dürfe“. Das ist ein beachtliches Signal angesichts der Tatsache, dass die FPÖ wegen ihrer mangelnden Distanz zum Rechts-Extremismus für alle Demokraten

tabu sein müsste. Von einem Politiker wie Gusenbauer, der immerhin die eigenen „braunen Flecken“ in der Nachkriegs-SPÖ aufarbeiten ließ, hätte man anderes erwartet. Es ist ja auch schwer vorstellbar, dass der Radikalismus der FPÖ in der „Ausländerfrage“ keine Rolle spielen soll. Jedenfalls wartet man noch auf eine klare Aussage Gusenbauers des Inhalts: mit dieser FPÖ nicht!

Dabei darf man nicht außer Acht lassen, dass diese Haltung – ebenso wie das berühmte Spargelessen mit Jörg Haider – rein taktisch sein kann. Gusenbauer will damit eben der ÖVP signalisieren, dass er ihr nicht auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist.

Gusenbauer hat sicher schwerste innere Vorbehalte gegen eine Koalition mit der FPÖ; allerdings ist es immer denkbar, dass in einer bestimmten Situation eine Eigendynamik entsteht, wo Bedenken dann über Bord gehen. Allerdings würde nach der gegenwärtigen Mandatsverteilung eine Koalition mit der FPÖ noch keine Mehrheit ergeben, die Grünen müssten mit dabei sein. Das ist jedoch auszuschließen.

Als Äußerstes wäre eine gemeinsame Duldung einer SPÖ-Minderheitsregierung durch FPÖ und Grüne denkbar – darauf würde sich Gusenbauer wohl doch einlassen. Ob allerdings die Grünen diesmal im Gegensatz zu 2006 mitmachen würden, ist höchst fraglich. Im Übrigen sei darauf verwiesen, dass die Grünen bisher nur mit Schwarzen in eine Landes- und Stadtregierung eingetreten sind (Oberösterreich und jetzt Graz).

Also Duldung durch die FPÖ ja, offizielle Koalition ziemlich sicher nein – das dürfte die Haltung Gusenbauers zu Strache und Co einigermaßen korrekt beschreiben. Ein Rest von Unsicherheit bleibt aber.

[hans.rauscher@derstandard.at](mailto:hans.rauscher@derstandard.at)



## DAS AKTUELLE BUCH

### Politische Grundsätze, im Plauderton vermittelt

Was reitet wohl den Bundeskanzler, dass er vor zehn Tagen einen Streit um die Steuerreform losgetreten hat? Über alle möglichen taktischen Erklärungen ist ausführlich diskutiert worden – dieses Buch bietet einen strategischen Erklärungsansatz: In den mehr als 24 Stunden, in denen Alfred Gusenbauer im Vorjahr für dieses Buch mit seiner ehemaligen Öffentlichkeitsarbeiterin Katharina Krawagna-Pfeifer und dem Falter-Chef Armin Thurnher geplaudert hat, hat der Kanzler ziemlich deutlich klargelegt, wie eine rote Handschrift im Steuersystem aussehen sollte.

Dabei geht es ihm nicht nur um eine Entlastung kleiner Einkommen (die ohnehin nicht besteuert werden), sondern um massive Umverteilung. Wenn das Argument richtig wäre, dass Vermögen und Besitz dorthin wanderten, wo sie nicht besteuert würden, „stelle ich die Frage, warum nicht der gesamte Besitz und das gesamte Geld der Welt in Österreich sind. (...) Jedenfalls hat es Österreich gar nicht mehr notwendig, hier mit einem besonderen Steuerprivileg zu operieren. Ich glaube, dass wir selbst dann ein exzellenter In-

vestitionsstandort wären, wenn wir uns gegenüber Besitz und Vermögen so verhielten, wie sich der Durchschnitt der europäischen Staaten verhält.“

Gänzlich ohne Zeitdruck hat Gusenbauer in den hier zusammengefassten Interviews einen Steuersatz von 25 Prozent auf jeglichen Vermögenszuwachs als Ziel seiner Steuerreform festgeschrieben. Es sind solche Bekenntnisse, die diesem durchwegs im Plauderton formulierten und erfreulich unaufgeregt Buch hohe Aktualität verleihen. Ebenso spannend sind die Gespräche auch, wenn Gusenbauer mit dem ÖGB abrechnet („wie eine Nebenpartei-Führung“) oder mit der Ausweitung der Staatsausgaben unter der großen Koalition in den Neunzigerjahren („richtig und falsch verstandene keynesianische Politiken“).

Die österreichische Identität definiert der Kanzler so: „Sie baut auf ein paar Esenzialien auf. Nämlich Demokratie, Sozialpartnerschaft, Rechtsstaat, Neutralität und auf einem starken sozialen Ausgleich.“ Und auf dem Genuss, zu dem er sich bekennt: „Der Wein gehört zur österreichischen Nationalkultur.“ *Conrad Seidl*



**Alfred Gusenbauer**  
„Die Wege  
entstehen im Gehen“  
Czernin Verlag 2008  
€ 24,80